



# Aufhebung des Beförderungsstaus im gehobenen Dienst

**Eines der dicksten Bretter der letzten Jahre ist durchbohrt: Die Landesregierung hat in den Haushaltsberatungen für 2010 beschlossen, den sogenannten Deckelungsbeschluss für die Spitzenfunktionen des gehobenen Dienstes zum Teil aufzuheben. Erste zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten soll es bereits in diesem Jahr geben.**

Im Einzelnen bedeuten die jetzt getroffenen Entscheidungen des Kabinetts:

- 300 zusätzliche Planstellen im Bereich A 12 in sechs Jahresschritten von 50 Stellen, verteilt über die Jahre 2009 bis 2014,
- 150 zusätzliche Planstellen im Bereich A 13 in ebenfalls sechs Jahresschritten von jeweils 25 Stellen von 2009 bis 2014.

Nimmt man die Gesamtzahl aller zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten in den Blick, dann wird deutlich, dass von der partiellen Aufhebung des Deckelungsbeschlusses in den kommenden Jahren insgesamt 600 Kolleginnen und Kollegen profitieren. Denn neben den 300 zusätzlichen Planstellen in A 12 werden weitere 150 Planstellen in dieser Besoldungsgruppe frei, wenn die bisherigen Stelleninhaberinnen und -inhaber nach A 13 aufsteigen und ihre Stellen nachbesetzt werden können. Zu den insgesamt 450 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten nach A 12 kommen 150 zusätzliche Planstellen in A 13 hinzu.

Landesvorsitzender Frank Richter wertete die Entscheidung der Landesregierung als „ein richtiges Signal und einen guten Tag für die Polizei des Landes NRW: Die Übernahme von Führung, die besondere Qualifizierung in Fachbereichen sowie eine qualifizierte Sachbearbeitung müssen sich auch bei der Polizei lohnen und bezahlt machen“, betonte Richter.

## Blick in die Vergangenheit

Wie überfällig diese Entscheidung ist, zeigt ein Blick in die Vergangenheit: Anfang der 90er-Jahre hatte die damalige Landesregierung beschlossen, die Zahl der Planstellen des gehobenen Dienstes mit 2. Fachprüfung auf den seinerzeit erreichten Stand zu begrenzen (zu deckeln). Diese Entscheidung bedeutet in der Praxis bis heute, dass von den 13 200 Kolleginnen

und Kollegen mit 2. Fachprüfung lediglich 20 Prozent in A 12 (ca. 2640 Stellen) sowie weitere 10 Prozent in A 13 (ca. 1320 Stellen) eingruppiert werden können. Und

zwar unabhängig von den von den betroffenen Kolleginnen und Kollegen im Berufsalltag tatsächlich wahrgenommenen Aufgaben bei der Polizei. Durch die gleichzeitige Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn und die Durchschlüsselung aller Planstellen von A 9 bis A 11 gehobener Dienst wurde das Missverhältnis zwischen wahrgenommener Funktion und Eingrup-

→ Seite 2

## Den Erfolg jetzt nicht zerreden!

Die Entscheidung der amtierenden Landesregierung ist durchaus mutig. Erst hat sie die noch von Rot/Grün beschlossene und auf den Weg gebrachte Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei konsequent fortgeführt. Und jetzt hat sie den Deckelungsbeschluss für den gehobenen Dienst zumindest zum Teil aufgehoben. 300 zusätzliche Planstellen für A 12 und 150 zusätzliche Planstellen für A 13 in den Haushalt einzubringen, ist eine mutige Entscheidung – angesichts leerer öffentlicher Kassen. Auch, wenn diese Entscheidung längst überfällig war, weil Polizeibeamte, die Führungsfunktionen im gehobenen Dienst übernehmen oder eine besonders qualifizierte Sachbearbeiterfunktion wahrnehmen, seit Jahren unterbezahlt sind.

Diese Entscheidung ist auch dann mutig, wenn man weiß, dass sie haushaltsneutral finanziert worden ist – durch eine etwas langsamere und im Umfang geringfügig nach unten korrigierte Zahl der Beförderungsmöglichkeiten in anderen Besoldungsgruppen. Und sie war überfällig – weil es nicht länger hinnehmbar war, dass sich Leistung bei der Polizei nicht lohnt.

Deshalb sollte dieser Erfolg jetzt nicht schlecht geredet werden. Auch nicht durch ein kleinkariertes, von Ständedünkeln geprägtes Gezerre um die Verteilung der zusätzlichen Beförde-

rungsmöglichkeiten. Die zusätzlichen Planstellen haben alle Bereiche bei der Polizei mitfinanziert. Deshalb müssen jetzt auch alle Bereiche von ihr profitieren. Die Kriminalpolizei genauso wie der Wach- und Wechseldienst. Der Ermittlungsdienst genauso wie die Sachbearbeitung mit überwiegend schwierigen Aufgaben. Keiner darf zulasten aller anderen bevorzugt werden. Auch das hat der Innenminister im Vorfeld der jetzt formal vom Kabinett beschlossenen Ausweitung der Beförderungsmöglichkeiten gegenüber den Gewerkschaften im Polizeibereich erklärt. Und es gibt keinen Grund daran zu zweifeln, dass er diese Ankündigung auch in die Praxis umsetzen wird.



**GdP-Landesvorsitzender Frank Richter will verhindern, dass der Erfolg bei der Aufhebung des Deckelungsbeschlusses zerredet wird.**





**Nach einem Beschluss des Landeskabinetts sollen bis 2014 schrittweise 300 zusätzliche Stellen in der Besoldungsgruppe A 12 und 150 zusätzliche in der Besoldungsgruppe A 13 geschaffen werden.**

Fortsetzung von Seite 1

pierung in den Folgejahren immer problematischer. Stieg bzw. steigt die Zahl der Planstellen im Bereich A 10/A 11 in den Jahren 2005 bis 2014 um 10 000 bzw. 12 000 Planstellen, so erhöhten sich die Planstellen im Bereich A 12 (+ 163) und A 13 (+ 122) seit 1996 nur unwesentlich.

### Aktuelle Entwicklung

Die GdP begrüßt deshalb die Entscheidung der schwarz-gelben Landesregierung, die unbefriedigende Situation der letzten 15 Jahre zu verbessern und die Deckelung der Planstellen A 12/A 13 zumindest teilweise aufzugeben. Dies war zwingend notwendig, um motivierte und engagierte Interessenten für die Übernahme von Führungsfunktionen zu gewinnen.

Trotzdem mischt sich in die Ankündigung der Landesregierung ein negativer

Beigeschmack. Denn kaum war die Entscheidung der Landesregierung bekannt, setzte der BdK seine Klientelpolitik der vergangenen Jahre fort, in dem er erneut einfordert, dass diese zusätzlichen Planstellen im Bereich A 12/A 13 in erster Linie dem Ermittlungsdienst zugeordnet werden müssten, obwohl alle Bereiche der Polizei unter dem jahrelangen Beförderungsstau im gehobenen Dienst leiden. Diese Form von Klientelpolitik zulasten aller anderen Bereiche lehnt die GdP ab.

Aus Sicht der GdP sind nachstehende Grundsätze bei der Zuweisung der zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten anzuwenden:

- keine Ausweitung der Planstellen bei den drei Landesoberbehörden LKA, LZPD und LAFP, da es bei der Neubildung der Behörden 2007 bereits eine Neuberechnung hinsichtlich der notwendigen Personalstärke und -bewertung gegeben hat;
  - keine Ausweitung der Sockelstellen;
  - die Verteilung der zusätzlichen Stellen haben im Gesamtinteresse der Organisation Polizei zu erfolgen (GE, K, V und ZA/VL);
  - anteilmäßige Verteilung der zusätzlichen Stellen nach den Grundsätzen der Funktionszuordnung im Rahmen der vorhandenen Verteiltpöfe:
- a) Wachdienst/operativer Verkehrsdienst
  - b) Ermittlungsdienst
  - c) Verwaltung
  - d) herausragende Sachbearbeitung in der Schwerstkriminalität
  - c) Sachbearbeitung mit überwiegend schwierigen Aufgaben

### Mutige Entscheidung der Politik

Frank Richter: „Aus unserer Sicht ist eine solche anteilmäßige Verteilung nur

logisch und konsequent, da alle anderen Verfahrensweisen die bestehende Funktionszuordnung in Frage stellen würden. Richtig und auch sachgerecht ist es, dass bei einer anteilmäßigen Verteilung ca. 40 Prozent der zusätzlichen Stellen in den Bereich des Ermittlungsdienstes gehen.“

Abschließend gilt es an dieser Stelle, Innenminister Ingo Wolf (FDP) ein Lob auszusprechen: Er hat in vielen Gesprächen mit dem Finanzminister und auch gegenüber anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, dem von dort ausgeübten Druck widerstanden und sich beharrlich für die Verbesserung der Planstellensituation im Bereich A 12/ A 13 der Polizei eingesetzt.

## Forum „Fußball ohne Gewalt“

In NRW gibt es 33 Fußballvereine, deren Spiele regelmäßig von einem massiven Polizeiaufgebot begleitet werden müssen, weil sonst gewaltsame Ausschreitungen nicht zu verhindern sind. 14 von ihnen spielen in der 1. bis 3. Bundesliga. Eine regelmäßige Polizeibegleitung ist inzwischen aber auch bei den zehn NRW-Vereinen in der Regionalliga West und bei 9 von 19 Klubs der NRW-Liga unverzichtbar.

„Fußball ohne Gewalt – eine Chance für NRW“ lautet deshalb der Titel eines Forums des GdP-Landesbezirks am 20. August in der Schalke-Veltins-Arena in Gelsenkirchen. Polizeipraktiker, Experten des Innenministeriums, Sicherheitsexperten des DFB und Vertreter der Fan-Projekte diskutieren auf der Tagung über Strategien zur Eindämmung der Gewalt bei und im Umfeld von Fußballspielen. Referenten des eintägigen Forums sind unter anderem Bernd Heinen, Einsatzreferent des nordrhein-westfälischen Innenministeriums, Andreas Piastowski von der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze beim LZPD, der Sicherheitsbeauftragte des DFB, Helmut Spahn, der Sprecher der Koordinierungsstelle Fanprojekte, Michael Gabriel, und der Mönchengladbacher Hundertschaftsführer Heinrich Lennartz. Frank Richter und Adi Plickert werden die Position der GdP vertreten.

Mehr Infos: Martin Volkenrath, GdP Landesbezirk NRW, Tel. 02 11/29 101-42.

Anzeige

*Laber für ästhetisch-funktionellen Zahnersatz*

*Schöne Zähne - mehr Lebensfreude*

**Jörg Langshausen**  
Zahntechnik GmbH

Taubenstraße 12 · 40479 Düsseldorf  
Telefon: 02 11- 8 28 53 42  
Fax: 02 11- 51 36 93 83  
Mobil: 01 78 - 9 24 27 62  
E-Mail: j.langshausen@online.de

10% Rabatt auf Privatleistungen bei feststehendem Zahnersatz für Polizeibedienstete. Info und Beratung.



# SPD will unbesetzte Wachen zum Thema machen

Trotz Sommerpause des Landtags haben führende Innenpolitiker der SPD-Fraktion am 14. Juli zwei Stunden lang mit Mitgliedern des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands der GdP über die Stärkung der Inneren Sicherheit in NRW, die Personalausstattung der Polizei und die Folgen der Privatisierungspolitik der Landesregierung diskutiert. Nach Vorstellungen der Innenpolitiker soll die Innere Sicherheit auch beim Landtagswahlkampf im kommenden Jahr eine Rolle spielen. „Für die Bürger ist eine unbesetzte Polizeiwache genauso ein Thema, wie fehlende Kindergartenplätze“, betonte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Karsten Rudolph.

Der GdP-Vorstand hat das Gespräch genutzt, um den Innenexperten der SPD-Fraktion noch einmal im Detail die Forderung der GdP nach drei zusätzlichen Einsatzhundertschaften für NRW zu begründen. Die von der jetzigen Landesregierung vorgenommene Erhöhung der Einstellungszahlen auf 1100 sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um den Personalmangel bei der Polizei abzubauen, betonte der GdP-Vorsitzende Frank Richter. „Aber um die in den kommenden Jahren zu erwartende Pensions-

welle bei der Polizei auszugleichen, wären eigentlich 1500 Einstellungen notwendig“, ergänzte er. Richter appellierte an die SPD, in dieser Frage den Schulterchluss mit den anderen Parteien im Landtag zu suchen. „Wir brauchen eine langfristig ausgerichtete Personalpolitik, die über eine Legislaturperiode hinausreicht.“

Die SPD will im Landtag auch den Personalabbau im Tarifbereich zum Thema machen. Allein über das PEM-Gesetz wurden dort in den letzten drei Jahren mehr als 500 Stellen abgebaut. Nach Beobachtungen der GdP nutzt das Innenministerium das Ausscheiden einzelner Beschäftigter, um bestimmte Dienstleistungen im Polizeibereich auf dem kalten Weg zu privatisieren. Das gilt zum Beispiel für den Bereich der Kfz-Werkstätten. Wenn dort ein Meister in Rente geht, kann die Werkstatt bestimmte Wartungsarbeiten nicht mehr durchführen, wenn kein Nachfolger eingestellt wird, der die gleiche fachliche Qualifikation für die Wartung bestimmter Fahr-



zeugtypen hat. Die Werkstatt gerät dadurch ins Defizit und kann aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden. „Die Zeche für die kalte Privatisierung zahlen am Ende die Steuerzahler, weil die Polizeifahrzeuge trotzdem weiter gewartet werden müssen – für mehr Geld in einer privaten Werkstatt“, erläuterte in dem Gespräch GdP-Vorstandsmitglied Brigitte Herrschaft.

Das Gespräch mit den SPD-Innenpolitikern soll in den kommenden Wochen mit einem weiteren Treffen fortgeführt werden.



**Die aktuelle Arbeitsbelastung bei der Polizei, Strategien gegen den hohen Krankenstand und die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte waren die Themen der Behördenleitertagung 2009, zu der die GdP Landräte und Polizeipräsidenten aus ganz NRW Ende Juni nach Arnsberg eingeladen hatte. Nach Berechnungen der GdP kostet das Land alleine der Arbeitsausfall, der durch den hohen Stand dauerhaft erkrankter Polizeibeamter entsteht, pro Jahr 38 Millionen Euro. Nimmt man alle Kranken hinzu, liegen die Kosten sogar bei 160 Millionen Euro. „Würde das Land den Krankenstand durch Einführung eines Gesundheitsmanagementsystems nur um ein Prozent reduzieren, ständen der Polizei 400 Beschäftigte mehr zur Verfügung“, erklärte GdP-Vorstandsmitglied Adi Plickert (Bildmitte). Eine Zahl, über die auch in den Pausen noch intensiv weiterdiskutiert wurde.**

# Nachholbedarf bei weiblichen Führungskräften

**Mehr als 20 Jahre nach Öffnung des Polizeivollzugsdienstes für Frauen zeigt sich ein zwiespältiges Bild: Zwar ist inzwischen jeder sechste Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen eine Frau, aber bei der Besetzung von Leitungsfunktionen gehen Frauen noch immer häufig leer aus. Die Förderung weiblicher Karrieren in der Polizei ist deshalb eines der Schwerpunktthemen der Landesfrauenkonferenz der GdP am 7. Oktober.**

Wie groß der Nachholbedarf bei der Besetzung von Führungsfunktionen ist, zeigt ein nüchterner Blick auf die Zahlen: Liegt der Anteil der Frauen unter allen Polizeibeamtinnen und -beamten des Landes aktuell bei 16,7 Prozent, erreicht er im gehobenen Dienst nur ein Drittel davon. Bei den A-12er-Stellen liegt der Frauenanteil bei 6,4 Prozent, bei den A-13er-Stellen sogar nur bei 5,3 Prozent. Und bei den landesweit knapp 720 Leitungsfunktionen des höheren Dienstes sieht es nicht besser aus. Noch gravierender wird die Benachteiligung der Frauen, wenn man die unterschiedliche Frauenquote in den einzelnen Behörden in den Blick nimmt. In großen Behörden mit einem relativ hohen Frauenanteil wie zum Beispiel dem LKA – bei der Kriminalpolizei sind Frauen schon länger zugelassen – gibt es mehr Frauen in den Endämtern des gehobenen und des höheren Dienstes als im Landesdurchschnitt. In vielen ländlichen Behörden mit ihrem überproportional hohen Altersdurchschnitt und einem entsprechend geringen Frauenanteil sind es hingegen deutlich weniger. Dort gehören Frauen in Führungspositionen noch immer zur Ausnahme.

Dass sich landesweit nur wenige Polizistinnen in den Besoldungsstufen A 12 und A 13 finden, hat vor allem etwas mit der Beurteilung durch ihre Vorgesetzten zu tun. Es fällt auf, dass gemessen an ihrem Anteil deutlich mehr Männer als Frauen quотиerte Beurteilungsergebnisse errei-

chen. Um das zu ändern, sind die meist männlichen Beurteiler gefordert. Sie müssen vom Innenministerium in Hinblick auf mögliche Wahrnehmungsfehler bei der Beurteilung von Frauen im Vergleich zu Männern sensibilisiert werden. Es muss vermieden werden, dass bei der Beurteilung Rollenklischees einfließen – wie das zum Beispiel häufig bei der Beurteilung von weiblichen Teilzeitkräften geschieht. Zur Eindämmung von geschlechtsspezifischen Diskriminierungen bei der Beurteilung würde sich beispielsweise eine nach Geschlechtern differenzierte Veröffentlichung des Abschlusses eines Regelbeurteilungsdurchganges eignen. Um personenbezogene Rückschlüsse auszuschließen, sollte dieses Verfahren auf Landesebene durchgeführt werden.

Zudem muss das Innenministerium die Frauen stärker in den Blick nehmen: In traditionell männlichen dominierten Berufen – das ist die Polizei

nach wie vor – sind auch Führungsfunktionen traditionell von Männern besetzt. Will die Landesregierung das ändern, muss sie gezielt Polizistinnen zum Betreten der Karriereleiter motivieren. Sie muss sie unterstützen und fördern, tradierte Denkmuster aufzubrechen und Führungsfunktionen anzustreben. Denn die vielfach geäußerte Vermutung, dass sich die erhöhte Einstellung von Frauen bei der Polizei mittelfristig auch auf deren Anteil in den Führungsfunktionen positiv auswirken wird, ist ein Trugschluss. Das ist kein Selbstläufer, sondern ein Prozess, der von allen Beteiligten aktiv betrieben werden muss. Auch deshalb, weil die Einstellungszahl erst im vergangenen Jahr auf 1100 erhöht wurde, nachdem die Polizei zuvor jahrelang kaum eingestellt hat. Bis der Anteil der Frauen bei der Polizei spürbar steigt, werden deshalb noch viele Jahre vergehen.

## Anschluss an die Einkommensentwicklung

Tarifierhöhung 2009 bei der Polizei in NRW im Vergleich zu anderen Branchen (in Prozent)\*



\* Jahresbezogene Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr, Westdeutschland  
 \*\* Für die Beamten will die Landesregierung den Tarifabschluss nur zum Teil übernehmen  
 Quelle: WSI-Tarifarchiv



**2009 haben die Beschäftigten bei der Polizei erstmals wieder Anschluss an die Einkommensentwicklung in anderen Branchen gefunden. Das zeigt eine vom gewerkschaftsnahen WSI-Tarifarchiv vorgelegte Bilanz der bislang in diesem Jahr erzielten Tarifabschlüsse. Allerdings kann der Einkommenszuwachs 2009 die massiven Reallohnverluste der vergangenen Jahre nur zum Teil ausgleichen. Zudem werden die Einkommen der Landesbediensteten 2010 nur um 1,2 Prozent steigen. Auch die Beamten erhalten im Vorgriff auf die noch nicht beschlossene Anpassung der Dienstbezüge an den Tarifabschluss seit März höhere Einkommen. Allerdings will das Land trotz des gegenteiligen Versprechens von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers die Bezüge der Beamten geringer erhöhen als im Tarifbereich: Statt 40 Euro sollen Beamte lediglich 20 Euro/Monat als zusätzlichen Sockelbetrag erhalten.**

Anzeige

**Profitieren Sie von Ihrem Berufsstand! Senken Sie Ihre Belastung!**

TOP-Konditionen für Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst für private Anschaffungen/als Entschuldungsprogramm

Mit Festzinsgarantie über 12, 15 oder 20 Jahre; ab 5,50%, eff. 5,88% schnelle Abwicklung; bis 80.000 Euro

Beamtenwirtschaftsservice

Alfred Jaeger Tel.: 0 22 96-90 87 28  
 Hermann-Löns-Weg 12 Fax: 0 22 96-90 89 60  
 51580 Reichshof E-Mail: alfred-jaeger@t-online.de



## GdP fordert gesetzliche Grundlage

Auf Intervention der GdP hin hat Innenminister Ingo Wolf (FDP) Mitte Juli die Speicherung von DNA-Proben bei der Duisburger Polizei gestoppt. „Das macht fachlich keinen Sinn und ist rechtlich bedenklich“, hatte Wolf gegenüber der Nachrichtenagentur ddp erklärt, nachdem die GdP öffentlich darauf aufmerksam gemacht hatte, dass in Duisburg DNA-Proben von den Beschäftigten mehrerer Kriminalkommissariate gespeichert werden sollen.

Die Speicherung der DNA-Proben der Polizeibeamten sollte die Spurenauswertung an Tatorten erleichtern. Diese Praxis widerspricht aber dem erst im April dieses Jahres vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gendiagnostikgesetz, das für die Speicherung von DNA-Daten von Beschäftigten strenge gesetzliche Anforderungen definiert.

„Die Speicherung von DNA-Daten ist ein schwerwiegender Eingriff in die Grundrechte. Sie bedarf nach der geltenden Rechtsprechung der konkreten Begründung im Einzelfall und darf keinesfalls vorsorglich für bestimmte Personengruppen angeordnet werden“, hatte der GdP-Landesbezirksvorsitzende Frank Richter erklärt. „Auch nicht für Polizeibeamte.“

Die Duisburger Polizei hatte versucht, die gesetzlichen Bestimmungen dadurch zu umgehen, indem sie die betroffenen Polizeibeamten aufgefordert hat, ihre DNA-Proben freiwillig abzugeben. Das ist jedoch nach Meinung der GdP unzulässig. „Auch Polizeibeamte stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Vorgesetzten. Sie könnten sich zur Abgabe ihrer DNA-Probe genötigt sehen, wie sie sonst berufliche Nachteile befürchten“, erklärte Richter.

Falls das Innenministerium trotzdem eine Datei mit DNA-Proben von Polizeibeamten anlegen will, bedarf es dazu nach Meinung der GdP in jedem Fall einer gesetzlichen Grundlage. „In dem Gesetz muss eindeutig geregelt sein, wer zu welchen Zwecken Einblick in die sensiblen Daten nehmen kann, um einen Missbrauch der sensiblen Daten zu verhindern“, fordert Richter. „Solange ein entsprechendes Gesetz nicht vorliegt, dürfen keine DNA-Daten von Polizeibeamten gespeichert werden.“

## Wir sind die GdP



1300 Mitglieder sind in der Kreisgruppe Aachen organisiert. 98 davon sind erst im vergangenen Jahr beigetreten. Ein Erfolg, der nur noch von Köln und Bielefeld übertroffen wird. „Was uns von anderen unterscheidet, ist unsere Teamarbeit“, sagt Willi Jensch, der Vorsitzende der Aachener GdP. „Von der Jungen Gruppe über die Frauengruppe, den Fachbereichen Recht und Tarif bis zu den Senioren sind wir stark aufgestellt. Und wir haben ein dichtes Netz von Vertrauensleuten, das bis in die einzelnen Bereiche der Polizei reicht.“

2008 ist es den Aachenern nicht nur gelungen, einen Großteil der im September eingestellten Polizeianwärterinnen und -anwärter für die GdP zu gewinnen, sondern auch 14 Altbeschäftigte. Etliche davon durch Übertritt aus berufsständisch organisierten Konkurrenzorganisationen. Ein Grund für den Wechsel: Die Beschäftigten bei der Aachener Polizei wissen, dass sie auf die GdP auch bei Konflikten zurückgreifen können – bei der Auseinandersetzung um die Anerkennung der Rüstzeiten als Arbeitszeit, bei der Überprüfung von Beurteilungen und bei der Durchsetzung fairer Dienstpläne. Und genauso bei den Demonstrationen zur Durchsetzung höherer Einkommen im öffentlichen Dienst.

Auch 2009 wollen die Aachener bei der Mitgliedergewinnung wieder in der Spitzengruppe mit dabei sein. „Wenn am 1. September die neuen Bachelor-Studenten ihre Ausbildung bei uns beginnen, werden wir sie wieder vor dem Polizeipräsidium empfangen. Zusammen mit unseren GdP-Kolleginnen und -Kollegen aus Düren, Heinsberg und dem Rhein-Erft-Kreis. Den Orten, in denen unsere neuen Kolleginnen und Kollegen später ausgebildet werden, kündigt Jensch an.“

## Rangordnungswert für Aufsteiger

Für Polizeibeamte, die ihre Qualifikation durch ein nachträgliches Hochschulstudium verbessern wollen, hat das Innenministerium den Rangordnungswert für die Zulassung zum Hochschulstudium festgelegt.

Bewerber, die im Auswahlverfahren mindestens den Rangordnungswert 44,0 erreicht haben, werden zum Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes zugelassen. Bewerber mit dem Rangordnungswert 49,0 oder höher können ihr Studium am 1. September 2009 beginnen, alle anderen ein Jahr später.

## GdP aktiv

**2. 8.**, Karl-May-Spiele Elspe, verbilligter Eintritt für GdP-Mitglieder, telefonische Reservierung: 0 27 21/9 44 40, Stichwort GdP

**14. 8.**, GdP-Familientag in Fort Fun, Bestwig/Sauerland; Sonderkonditionen für GdP-Mitglieder, Karten: GdP-Servicebüro, Tel. 02 11/29 10 110

**15. 8.**, „GdP come together“, Schlagermove Bootsparty auf dem Rhein, Ablegeort Köln, Infos und Anmeldung: GdP-Service GmbH NRW, Tel. 02 11/29 101-44

**27. 8.**, Zentrale Abschluss-Fete der GdP für Studierende der FHöV-Staatsprüfung 2009, Dance-Club Adiamo, Oberhausen, Karten: GdP-Servicebüro 02 11/29 10 110

**1. 9.**, Start des Bachelor-Studienjahrgangs 2009



# Ausbildungsvertreter wollen bekannter werden

Anfang Juli hat in der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) bei der Polizei in NRW eine neue Zeitrechnung begonnen, denn jetzt sind nicht nur alle elf neu gewählten örtlichen JAV-Gremien offiziell im Amt, sondern auch die Polizeihauptjugend- und Auszubildendenvertretung im Innenministerium (PHJAV). In ihre zweijährige Amtszeit fällt nicht nur das Ende des letzten Diplomstudiengangs im kommenden Jahr, sondern ein Jahr später auch der Abschluss des ersten, im vergangenen September begonnenen Bachelorstudienjahrgangs. Genug zu tun also für die jungen Interessenvertreterinnen und -vertreter, denn schließlich soll keiner durch den Rost fallen – egal, ob er sich noch nach alter oder schon nach neuer Studienordnung auf den Polizeiberuf vorbereitet.

Dass es dabei nicht nur um Feinarbeit, sondern manchmal ganz unmittelbar auch um die berufliche Existenz der angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten geht, hat sich bereits in den letzten Wochen bei der bis in den Landtag hinein geführten Diskussion über die hohen Durchfallquoten bei den ersten Bachelor-Klausuren gezeigt. Alexander Koch („Theo“), der Vorsitzende der neuen Polizeihaupt-JAV vermutet deshalb, dass sich in den kommenden Monaten bei der Umsetzung des neuen Studiengangs noch etliche Probleme auftun werden, die im Vorfeld nicht vo-

rausgesehen wurden. „Es wird unsere Aufgabe in den kommenden zwei Jahren sein, die Probleme frühzeitig zu erkennen und an ihrer Lösung mitzuarbeiten“, meint Koch. Damit die angehenden Polizeibeamten die JAVen als Chance nutzen, um Probleme während ihres Studiums zu lösen, wollen die JAV-Mitglieder auch ihren eigenen Bekanntheitsgrad steigern. „Aus meiner eigenen Zeit an der Fachhochschule kann ich mich noch gut erinnern, dass noch immer nicht alle Studierenden Arbeit und Aufgaben der örtlichen JAVen und der PHJAV kennen. Das wollen wir ändern“, verspricht Alexander Koch. „Wir wollen erreichen, dass alle mit der Jugend- und Auszubildendenvertretung etwas verbinden und wissen, wer wir sind und wofür wir stehen. Jeder muss wissen, dass er sich immer an uns wenden kann, wenn irgendwo der Schuh drückt.“

## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

- 3. 8. Liselotte Hoffmann, Essen
- 4. 8. Rita Abel, Nordhorn
- 10. 8. Wilhelm Menge, Arnsberg
- 14. 8. Maria Friedrich, Köln
- 15. 8. Hans Lebert, Düsseldorf
- 19. 8. Elisabeth Uelhoff, Paderborn
- 22. 8. Maria Simon, Unkel
- 24. 8. Henriette Leufgen, Essen
- 28. 8. Martha Kaufmann, Duisburg
- 29. 8. Josef Offermann, Kaarst
- 31. 8. Hans Sebastian, Köln

### 91. Geburtstag

- 17. 8. Adolf Held, Stolberg
- 27. 8. Erna Frede, Wuppertal
- 30. 8. Josef Multhaupt, Erkelenz

### 92. Geburtstag

- 1. 8. Ilse Arndt, Essen
- Resi Schwick, Mülheim
- 5. 8. Fritz Schacky, Essen
- 11. 8. Paul Schemat, Krefeld
- 14. 8. Gertrud Filz, Euskirchen
- 15. 8. Karl-Heinz Eick, Meerbusch
- 24. 8. Luise Dermietzel, Porta Westfalica
- 29. 8. Michael Hackl, Dillingen

### 93. Geburtstag

- 6. 8. Margarethe Fischer, Bremen
- 8. 8. Wilma Maria Thomas, Solingen

- 9. 8. Hedy Schwabe, Gelsenkirchen
- 31. 8. Ernst Koßinna, Bottrop

### 94. Geburtstag

- 1. 8. Paul Raue, Castrop-Rauxel
- 5. 8. Julia Haverkämper, Olfen
- 14. 8. Rosa Österreicher, Bonn
- 30. 8. Margarete Kohls, Essen

### 95. Geburtstag

- 3. 8. Maria Meier, Duisburg
- 10. 8. Margot Thiede, Neunkirchen-Seelscheid
- 12. 8. Felix Roemer, Kerpen
- 13. 8. Charlotte Mialkas, Duisburg
- 17. 8. Karl Hamacher, Niederzissen
- 18. 8. Elfriede Lennartz, Heinsberg
- 23. 8. Luise Stemmann, Bochum
- 31. 8. Gregor Pohl, Köln

### 97. Geburtstag

- 19. 8. Hildegard Hampel, Bochum

### 98. Geburtstag

- 2. 8. Franz Schneider, Solingen
- 21. 8. Paul Sauerländer, Recklinghausen

### 103. Geburtstag

- 30. 8. Irmgard Bartmann, Iserlohn

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle:**  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: www.gdp-nrw.de  
E-Mail: info@gdp-nrw.de

**Redaktion:**  
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.), Konny Wolf  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Bodo Andrae  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32  
vom 1. April 2009

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die September-Ausgabe ist der 7. August.**

**GdP-Service GmbH NRW:**  
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: www.gdp-service-nw.de  
E-Mail: pinguin@gdp-service-nw.de



# Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüro**

in Kurzfassung - August 2009



## Israel - Das Heilige Land

17. - 24. November 2009

**Restplätze**



**Eingeschlossene Leistungen:**

**Flug ab/bis Köln nach Tel Aviv**

**7 Übernachtungen in 4\*-Hotels mit Halbpension**

**Ganztagesausflug See Genezareth**

**Ganztagesausflug Jordantal**

**Stadtrundfahrt Jerusalem**

**Reisepreis pro Person ab € 999,-**

**Ausflugspaket zubuchbar**

## Toronto - Christmas Shopping

26. November bis 1. Dezember 2009

**Flug ab/bis Düsseldorf nach Toronto**

**4 Übernachtungen im Mittelklassehotel**

**Reisepreis pro Person ab € 799,-**

**Ausflugspaket zubuchbar**

**Bitte fordern Sie unsere ausführlichen Reiseausschreibungen an!**

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf

Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 • [www.gdp-service-nw.de](http://www.gdp-service-nw.de) • [penguin@gdp-service-nw.de](mailto:penguin@gdp-service-nw.de)

## Arbeitsgruppe Verkehr gegründet

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP hat eine Arbeitsgruppe Verkehrsangelegenheiten gegründet. Ziel der neuen, zunächst bis zum Landesdelegiertentag im Frühjahr 2010 tätigen Arbeitsgruppe ist die Unterstützung des Landesfachausschusses GS sowie des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes bei der Entwicklung von Positionen zur Stärkung der polizeilichen Verkehrsarbeit. Im Vordergrund der Arbeit der kommenden Monate soll die Diskussion über drei Themenbereiche stehen:

1. Wertigkeit der Direktion Verkehr (einschließlich der Entwicklung von Standards für die Bereiche Organisati-

on/Personal, Funktionszuordnung/-bewertung, Aus- und Fortbildung/Qualifizierung, Eigensicherung/Arbeitsschutz sowie die Ausstattung der Fahrzeuge)

2. interne Öffentlichkeitsarbeit  
3. Anforderungen an eine transparente Verkehrssicherheit.

Die Arbeitsgruppe will sich zudem mit der Entwicklung von Beiträgen zur Aktualisierung des Verkehrspolitischen Programms der GdP beschäftigen. Dabei sollen insbesondere die Bereiche Arbeits- und Umweltschutz thematisch aufbereitet werden. Auf der konstituierenden Sitzung der neuen Arbeitsgruppe am 8. Juli wurde Dieter Königs

(Köln) zum Vorsitzenden gewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Rudolf Strehlau (Essen) gewählt, zum Schriftführer Werner Koltermann (Bochum).

Auf ihrer ersten Sitzung haben die AG-Mitglieder zudem über das Thema „Repression kontra Vorbeugung“ in der Verkehrspolitik diskutiert. Nach Meinung der Arbeitsgruppe kann es hier kein „entweder – oder“ geben, weil die Schwerpunktarbeit der Polizei in diesem Bereich von unterschiedlichen Faktoren geprägt ist. Rankinglisten dürften nicht das ausschlaggebende Kriterium für das Einschreiten der Polizei sein.

### Werbeaktion 2009

#### Glücksnummern des Monats

45 17147  
Ralf Liedtke, Bochum  
45 17149  
Roswitha Stürer, Düsseldorf  
45 17181  
Meike Bucheld, Gelsenkirchen  
45 17157  
Norbert Brinkmeier, Soest

**Die Werber erhalten ein Edelstahl-Grillbesteck im Alukoffer.**

### Senioren aktuell

#### Kreisgruppe Aachen

22. September, Besichtigung Attahöhle, Schifffahrt auf dem Biggensee, Treffpunkt/Abfahrt: 8.45 Uhr, Polizeipräsidium Aachen. Anmeldung bis 11. September bei Ralf Dünzer, Tel.: 02 41/95 77-2 30 03. Kosten: 25 Euro/Teilnehmer.

#### Kreisgruppe Bonn

27. August, Besuch des Vulkanparks Eifel, Treffpunkt/Abfahrt: 8.00 Uhr, U-Bahnhof Ramersdorf. Anmeldung bis 15. 8. erforderlich bei Karl Göbel, Tel.:

0 22 44/23 04 oder E-mail: kuk.goebel@t-online.de. Kosten: 33,00 € Mitglieder/36,00 € Nichtmitglieder

#### Kreisgruppe Coesfeld

26. August, Seniorenstammtisch, Diavortrag, Treffpunkt: 14.30 Uhr, St.-Barbara-Haus, Dülmen, Kapellenweg 75

#### Kreisgruppe Köln

20. August, Kirchenführung, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrhaus von St. Georg, Köln. Anmeldung: Di. von 9.30–12.30 Uhr, Tel.: 02 21/2 29-20 81, E-Mail: senioren@gdp-koeln.de.

### NACHRUF

Alterkemper, Elisabeth	14. 6. 1921	Duisburg	Mißfeldt, Bernd	3. 3. 1940	Köln
Anger, Eduard	6. 9. 1915	Münster	Nabel, Heinrich	10. 2. 1919	Coesfeld
Berger, Charlotte	26. 6. 1918	Viersen	Nachtigal, Silke	18. 4. 1969	Gelsenkirchen
Bracht, Maria	3. 9. 1911	Bottrop/Gladbeck	Ohlson, Dirk	8. 3. 1961	Mülheim
Breuckmann, Joseph	22. 3. 1936	Recklinghausen	Plöger, Klaus	14. 9. 1943	Lippe
Daub, Heinz	5. 4. 1929	Köln	Rauch, Margot	20. 8. 1926	Siegen
Grabarz, Herbert	13. 8. 1925	Viersen	Reuter, Reinhold	31. 12. 1923	Duisburg
Hartwig, Hermann	25. 7. 1915	Köln	Richter, Gerhard	18. 5. 1935	Wuppertal
Heeren, Heinrich	18. 4. 1910	Aachen	Rosenbaum, Frieda	22. 7. 1923	Bielefeld
Held, Hans-Dieter	19. 9. 1957	Bielefeld	Schidlauske, Gisela	14. 11. 1922	Unna
Hoffmann, Ferdinand	7. 6. 1923	Oberhausen	Schneider, Franz	14. 9. 1925	Dortmund
Hoinka, Dieter	15. 12. 1956	Düsseldorf	Schulz, Lise-Lotte	8. 11. 1921	Minden-Lübbecke
Josefski, Alfred	29. 12. 1936	IAF Selm	Werner, Gerhard	18. 6. 1931	Duisburg
Karnhoff, Hildegard	22. 11. 1926	Recklinghausen	Witting, Josef	30. 12. 1915	Siegburg
Koebrügge, Friedrich	24. 10. 1921	Coesfeld	Wittmann, Heinrich	7. 5. 1920	Steinfurt
Küpper, Harry	5. 8. 1926	Düsseldorf			

